

Leipziger Zeitung

Landeszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Steuer. — Einzelne Nummern 5 M. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebensweltliche Weltansicht 10 M., außerhalb der Landeshauptstadt 12 M., im amtlichen Sinn (nur den Behörden) die Seite 10 M. — Zeichnungen und Dokumente 10 M.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 228

Freitag den 29. September 1922

88. Jahrgang

Aufforderung zur Abgabe einer Grundsteuer-Erklärung auf die Rechnungsjahre 1922/24.

Diese Aufforderung bezieht sich nur auf diejenigen Gemeinden des Bezirks, die nicht als eigener Grundsteuerbezirk anerkannt sind, sondern zum amtsaufmannschaftlichen Grundsteuerbezirke gehören. Das sind die Gemeinden:

1. Im Grundsteuerbezirk I:

Bärenklause-Kautsch, Beerwalde, Berreuth, Börnchen b. P., Borlas, Cunnersdorf, Elend, Gomßen, Hänichen, Hausdorf, Hermsdorf b. D., Hirschbach, Johnsbach, Kleinardsdorf, Luchau, Lungwitz, Maller, Naundorf, Niederfrauendorf, Niederpöbel, Obercursdorf, Obercunnersdorf, Oberfrauendorf, Oberhäslich, Paulsdorf, Paulshain, Quohren, Reichstädt, Reinberg, Reinhardtsgrima, Reinholdshain, Sädlendorf, Saida, Schlotzhof, Spechtritz, Theisewitz, Brösigken-Kleba, Ulberndorf, Wendischcursdorf, Wilmendorf, Wittgensdorf.

2. Im Grundsteuerbezirk II:

Ammelsdorf, Friedersdorf, Hartmannsdorf, Henndorf, Hermsdorf i. E., Holzhau, Kleinbottsch, Reichenau, Röthenbach, Schönfeld, Seide.

3. Im Grundsteuerbezirk III:

Bärenburg, Bärenfels, Bönschen, Falkenhain, Georgensieb, Hirschsprung, Rehfeld-Zaunhaus, Schellerhau, Zinnwald.

4. Im Grundsteuerbezirk IV:

Bärenstein Dorf, Berthelsdorf, Börnchen b. L., Börnerdorf, Breitenau, Dittersdorf, Döbra, Fürstenau mit Müglitz und Göltzsch, Fürstenwald mit Rudolphsdorf, Hennersbach, Liebenau, Löwenhain, Oelsengrund, Waltersdorf.

Bezüglich der in diesen Gemeinden gelegenen Grundstücke haben die Steuerpflichtigen eine schriftliche Grundsteuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom

28. September bis 28. Oktober 1922

bei der Gemeindebehörde derjenigen Gemeinde, in der das Grundstück gelegen ist, einzureichen. Vordrucke werden den Steuerpflichtigen gleichzeitig durch Vermittlung der Gemeindebehörde zugesandt. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt wird. Für solche Fälle können Vordrucke von der Gemeindebehörde bezogen werden.

Steuerpflichtig und mithin zur Abgabe einer Grundsteuererklärung verpflichtet ist jeder Eigentümer eines Grundstücks, jeder Erbbauberechtigte und jeder Besitzer eines auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäudes.

Steht das Eigentum an einem Grundstück oder das Erbbaurecht oder der Besitz eines Gebäudes auf fremdem Grund und Boden mehreren gemeinschaftlich zu, so genügt es, wenn einer von ihnen die Grundsteuererklärung abgibt. Die Mit-eigentümer oder Mitberechtigten haben gleichzeitig mit der Abgabe der Grundsteuererklärung bei Vermeldung einer Ordnungsstrafe einen gemeinschaftlichen Vertreter zu benennen, der berechtigt ist, sämtliche Zusicherungen in Grundsteuerferschen mit Wirkung für und gegen alle Mit-eigentümer oder Mitberechtigten zu empfangen. Zusstellungsbevollmächtigter kann einer der Mit-eigentümer oder Mitberechtigten sein. Der Zusstellungsbevollmächtigte muß in dem Gemeindebezirk wohnen, in dem das Grundstück liegt. Steht einer Person das Eigentum oder Erbbaurecht an mehreren Grundstücken oder der Besitz von Gebäuden auf fremdem Grund und Boden zu, so hat sie für jeden Steuergegenstand (Wirtschaftseinheit) eine gesonderte Grundsteuererklärung abzugeben.

In übrigen wird noch auf das der Grundsteuererklärung beigelegte Merkblatt für die Ausführung der Grundsteuererklärung hingewiesen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verfügt, ist nach § 57 der Ausführungsverordnung zum Grundsteuergesetz durch Geldstrafen bis zu 500 M. zur Abgabe der Steuererklärung anzuhalten. Auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Grundsteuergesetz zu entrichtende Grundsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden (§ 28 des Grundsteuergesetzes). Wer fahrlässig als Steuer-

pflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Grundsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 38 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes in Verbindung mit § 367 der Reichsabgabenordnung).

Die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde als Grundsteuerbehörde, am 26. September 1922.

Die Dienstzeit bei der Amtshauptmannschaft wird vom 1. 10. 1922 ab festgesetzt:

- Montags bis Freitags auf vorm. 1/28—12 und nachm. 1—5 Uhr.
- Sonnabends auf vorm. 1/28 bis nachm. 1 Uhr.

Rasenabschluß zu a) nachm. 3 Uhr, zu b) mittags 12 Uhr.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 27. 9. 1922.

Ab 1. Oktober d. J. werden bei der hiesigen Stadtgirokasse für eine Überweisung im Fernverkehr folgende Gebühren berechnet:

bis zu	500 M.	2 M.
" "	1000 "	3 "
" "	2000 "	5 "
" "	3000 "	8 "
" "	10000 "	10 "
über	10000 "	12 "

1 Überweisungsvordruck kostet 30 Pf.

1 Scheinheft kostet 15 M.

Dippoldiswalde, am 27. September 1922.

Die Stadtgirokasse.

Stockholzversteigerung auf Höckendorfer Staatsforstrevier

(Röthenbacher Wald).

Freitag den 6. Oktober 1922 sollen 75 rm Stücke aufbereitet in Abt. 44, 45, 46 in 30 Ausgeboten vormittags 1/210 Uhr an Ort und Stelle meistbietend nur an Einwohner von Beerwalde, Röthenbach und Preißhendorf gegen Barzahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden. Zusammenfassung Talmühle. Niemand darf mehr wie ein Ausgebot erzielen.

Staatsforstrevierverwaltung Höckendorf.

Örtliches und Sachsisches

Am Dienstag abend nach 7 Uhr wollte, wie wir bereits gestern berichteten, der 29 Jahre alte Verwalter einer Dresdner Fabrikantine Hans Wiedemann vom Dresdner Hauptbahnhof aus sich nach seinem Wohnort Hainsberg, wo seine Familie auf ihn wartete, begeben, verlor aber im Gespräch mit einem Bekannten auf dem Bahnhof die Abfahrt des Zuges. Er eilte ihm nach und versuchte auszuspringen, doch glitt er, mit einem schweren Rucksack beladen, vom Triebwagen ab und geriet unter die Räder, so daß sein Tod augenblicklich eintrat. Der Hund des Unglücklichen stand ebenfalls unter den Rädern seines Tod.

Am vergangenen Mittwoch hielt der Sozialhauptsverein in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde ein Vergnügen ab. Wenn man bedenkt, daß dieses in dem neugau 20jährigen Bestehen des Verbandes überhaupt erst das dritte war, so darf man wohl mit gutem Gewissen aussprechen, daß die Mitglieder dieses Verbandes wahrscheinlich nicht vergnügungslustig sind in unserer doch so vergnügungslustigen Zeit. Man kann es ihnen und ihren Angehörigen aber auch nicht verargen, daß sie, die sonst immer nur bestrebt sind, anderen bei ihren Veranstaltungen den Aufenthalt angenehm zu machen, sich selbst einmal zu freien Stunden zusammenfinden. Der Nachmittag vereinigte die Mitglieder und ihre Angehörigen zu einer gemütlichen Kaffeetafel im Steinbruch, bei der so nebenbei mancherlei Tagesfragen besprochen wurden. Am Abend ging man dann nach der Stadt in die Reichskrone und gab sich hier frohen Tanz hin, in dessen Verlauf mancherlei Begrüßungs- und andere Ansprachen gehalten wurden. Den Teilnehmern wird das Fest in angemahner Erinnerung bleiben.

Das Jagdewesen in Sachsen hat in den letzten Monaten in bedenklichem Umfang angenommen. Das Ministerium des Innern macht daher den Polizeibehörden die strenge Durchführung der hiergegen früher erlassenen Anweisungen zur besonderen Pflicht. Ferner hat das Wirtschaftsministerium die Kreishauptmannschaften neverdungs auf die Notwendigkeit genauer Einhaltung der Bestimmungen über die Ertteilung von Wandergewerbeschleinen an Jäger zu hingewiesen. Unbefugt geführte Waffen sollen beschlagnahmt und Waffenscheine zurückgezogen werden, da Waffen in der Hand von Jägern eine Gefährdung der Bevölkerung und der Gendarmeriebediensteten bedeuten.

Banknoten-Hammer. Der Mangel an baren Zahlungsmitteln, der vielfach die Lohnzahlungen unmöglich macht und daher viele Kreise der Bevölkerung schwer beunruhigt, wird im wesentlichen durch Rotenhammers Vorrangserwerb und gefördert, die den Zweck der Noten, als Zahlungsmittel im Verkehr zu dienen, vereilt, ohne für den Hammer Vorteile zu haben. Es ist daher im Allgemeininteresse dringend erforderlich, daß alle

Noten den Banken wieder zugeführt werden, soweit sie nicht als Zahlungsmittel in den nächsten Tagen benötigt werden.

Treisberg. Von der 2. Strafkammer des biesigen Landgerichts wurde der Melker Erwin Bruno Adenauer aus Dittersdorf wegen einfaches Diebstahls und Vornahme unsittlicher Handlungen an einem Kind zu 2 Monaten Gefängnis unter Anwendung der Untersuchungshaft verurteilt.

Dresden. In die Oeffentlichkeit dringt jetzt die Runde, daß auch die Geheimschaffung ein Opfer der Geldentwertung zu werden droht. Dresden ist in Gefahr, eines seiner berühmtesten wissenschaftlichen Institute zu verlieren, denen Hunderte, ja Tausende von Männern eine tiefe Verehrung ihres Staatsbürgerschen Denkens verbinden.

Nossen. Die Stadtverordneten haben mit Stimmengleichheit 2000 M. als Beihilfe zur Postreklame bewilligt, die der Verkehrsverein einzuführen beschlossen hat. Es soll ein Reklamestempel den nach auswärtigen Gebenden Briefmarken aufgedrückt werden, der eine Reklame für die Stadt Nossen als Ausflugsort enthält.

Leipzig. Kaum hat der große Warenhausbruch bei Althoff seine Auflösung gefunden, so wird bereits wiederum von einem Diebstahl in einer Rauchwarengroßfirma in Lindenau berichtet. Und zwar handelt es sich um die Firma Dr. Friedrich König. Dort haben Diebe in der Nacht vom Sonntag zum Montag Rauchwaren im Werte von etwa 1 Million Mark entwendet, u. a. 118 Landschäfte, 80 Wölfe, je einen japanischen und chinesischen Seefuchs und 10 Opossumfutter. Vermutlich sind die Täter durch die Luppe gewatet, an der Rückseite des Gebäudes am Blaibastei emporklettert und durch ein Fenster, das nur angelehnt war, eingestiegen. Auf Ermittlung der Täter bzw. auf Wiedererlangung der Rauchwaren sind insgesamt 120 000 M. Belohnung ausgeschetzt worden.

Chemnitz. Ein nenarther Schwindel wurde in Chemnitz verübt. In den Straßen der Stadt wurde am Sonntag eine sogenannte Zeitung verkauft, die einen großen Industriekorso ankündigte. Indes wurde nicht mitgeteilt, wer die Veranstalter seien. Die Zeitung, die an verschiedenen Stellen zu 4 M. das Stück verkauft wurde, führte zahlreiches schauloses Publikum auf die Straße. Von dem angekündigten Festzuge mit historischen Gruppen, Industriewagen usw. war aber nichts zu sehen. Inzwischen hat die Polizei den Herausgeber der Zeitung verhaftet in der Person eines auch von auswärtigen Behörden geflochtenen Schwindlers, der sich auf Kosten von Industrie und Handel die Taschen gefüllt hat.

Marienberg. Die biesigen Industriellen geben Notgeld aus, das von der städtischen Girokasse eingelöst wird.

Schneeberg. Die Stadtverordneten haben eine Erhöhung der Feldpachtzinsen für die städtischen Felder um 1000% beschlossen. Die Mehreinnahmen hieraus betragen etwa 450 000 M. Von diesem Betrag werden 100 000 M. für die Zwecke der Altershilfe zur Verfügung gestellt.

Werdau. Die sozialistischen Stadtverordneten haben beschlossen, vorläufig von der Errichtung einer Oberrealschule abzusehen.

Die Einwohner der bisherigen Roonstraße hatten darum nachgefragt, die Umbenennung in Liebknechstraße rückgängig zu machen und der Straße statt dessen den Namen Eigenheimstraße zu geben. Der Rat hat beschlossen, dem Erlichen stattzugeben, die Stadtverordneten haben es abgelehnt.

Crimmitschau. Zu einem Konflikt ist es hier zwischen dem Stadtrat und den Arbeitgebern wegen des vom Stadtrat verlangten Aufzuges auf das Notgeld gekommen. Infolgedessen rief der Zentralausschuß der Arbeitgeberverbände von Crimmitzschau und Umgebung folgenden öffentlichen Aufzug: "An die Einwohnerchaft! Vom Zentralausschuß der Arbeitgeberverbände ist die Ausgabe von Stadtnotgeld angeregt worden. Das Finanzministerium hat die Ausgabe von 80 Millionen Mark Stadtnotgeld genehmigt. Die Kosten der Ausgabe betragen 622 000 M. Diese Kosten verlangt der Stadtrat der Arbeitgeberchaft zum größten Teil erzeigt, indem er das Notgeld nur gegen einen Aufschlag von 1/2 Prozent des Nominalwerts für die Lohnzahlungen abgibt will. Er tut das, obwohl er am Tage der Übergabe des Notgeldes an die Reichsbank 1 250 000 M. Zinsen erhält. Er ist nicht nur in der Lage, die Kosten des Notgeldes aus diesen Zinseneinnahmen zu decken, sondern macht darüber hinaus noch einen Gewinn von etwa 620 000 M. ohne nennenswertes Risiko. Da dieser Standpunkt des Stadtrates als ungerechtfertigt angesehen werden muß, haben wir die Abnahme des Notgeldes gegen ein Aufschlag abgelehnt. Die aus der Haltung des Stadtrates sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen lassen sich noch nicht übersehen. Die Verantwortung dafür trägt der Stadtrat."

Eilenfeld. Der biesige Wohlfahrtsausschuß hat für den kommenden Winter die Einrichtung von zwei Wärmestuben beschlossen und hierzu zwei Schulstuben in Aussicht genommen, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte. — Der Reingewinn aus dem gemeindlichen Lebensmittelverkauf belief sich auf insgesamt 116 550 M. Er soll nach einem Beschluß des Gemeinderats für Alters- und Wohlfahrtspflege Verwendung finden. In Frage kommen etwa 160 unterstüttungsberechtigte Personen, welche mit Naturalien (Brennmaterial und Kartoffeln) unterstützt werden sollen.

Zittau. Umfangreiche Diebstähle sind in der letzten Zeit bei der biesigen Textilwarenfirma Wagner u. Moras A.-G. ausgeübt worden. Dort haben unehliche Elemente aus dem Verkaufsraum mehrfach fertige Stücke Ware gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt.

Ostrau. Um ein Hästchen mit Ringen im Werte von 30 000 Mark zu erreichen, zertrümmerte ein Unbekannter nachts die Schaukastenscheibe eines Uhrmachers. Drei Ringe sind man auf der Straße wieder. Die neue Schaukastenscheibe kostet 80 000 Mark.

* Lohenstein. Der Verlag der "Neißischen Landeszeitung" bittet diejenigen Landwirte, denen der Bezugspreis der Zeitung zu hoch ist, mit ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf dem Wege des Tauschhandels zu bezahlen.

Zuspitzung der Orientkrise.

Neuer türkischer Vorstoß in der neutralen Zone.

Nach einer Neutermeldung aus Konstantinopel ist noch eine zweite türkische Kavallerieabteilung in die neutrale Zone eingedrungen, und zwar in der Gegend von Bigha. Türkische Kavallerie hält Grenzfeste und Stützpunkte weiterhin besetzt.

Der englische Oberbefehlshaber General Harrington, der vor allem einen Zusammensetzung, welcher die diplomatischen Verhandlungen beeinträchtigen würde, vermeiden will, hat direkt an Kemal Paşa telegraphiert und ersucht, die Garnisonen der türkischen Truppen aus der neutralen Zone zu entziehen. Der französische General Pellet hat an Kemal in gleichem Sinne gedroht. Inzwischen haben die britischen Truppen in Tschanaq Befehl erhalten, keine Offensiveaktion zu unternehmen, bis Kemal Zeit gefunden habe, den türkischen Streitkräften Amtswesen zu geben. Das wird nach englischen Meldungen 48 Stunden erfordern. Weitere britische Infanterie und Artillerie sind in Tschanaq ausgeschifft. Auch die britische Flotte hat neue Verbündete erhalten.

Kemal verlangt Hinzuziehung Russlands zur Konferenz.

Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter des "Daily Chronicle" drückt über die voraussichtlichen Bedingungen Kemal Paşas, der türkische Nationalistenführer werde es ablehnen, unter den Bedingungen der Alliierten auf die geplante Konferenz von Neuigkeit zu gehen. Kemal wünsche die Teilnahme Russlands an der Konferenz und verlange das Recht, die Küsten des Maronameeres zu besetzen. Er erkläre, wenn die Türkei ihre militärischen Operationen einstellen sollte, so müsse England zuerst mit der Entsendung von Verbündeten nach der Türkei aufhören.

Um der Meerengenfrage gibt es für England kein Kompromiss.

Der "Daily Chronicle" bemerkt hierzu: Die Forderung nach einem Einschluß Sowjetrußlands und Bulgariens in die Konferenz werde, wie man in England glaubt, keine befriedigende Schiedsgerichtsverfahren. Kemals Forderung jedoch, die Küsten des Maronameeres besetzen zu dürfen, und die Abneigung gegen die Erweiterung der Dardanellen seien ein äußerst schweres Hindernis für den Frieden, besonders wenn sie mit der Forderung verbunden seien, daß Großbritannien die Entsendung militärischer Verbündeter nach der Türkei einzustellen solle. Die Freiheit der Meerengen sei im höchsten Interesse ebenso wichtig wie im Interesse der ganzen Welt, und in dieser Frage kann es für England unter keinen Umständen ein Kompromiß geben.

Eine zweite Sowjetnote.

Inzwischen hat die Sowjetregierung ihrer ersten Note zur Orientfrage, in der sie unter Berufung auf den russisch-türkischen Vertrag erklärte, sie werde kein neues Abkommen über die Meerengen anerkennen, an dem Rußland nicht beteiligt sei, eine neue an England gerichtete Note folgen lassen, in der sie noch einmal mit Nachdruck die Forderung erhebt, als gleichberechtigt an der Regelung der Meerengenfrage beteiligt zu werden.

Außerdem ist der Vertreter Sowjetrußlands in London wegen dieser Angelegenheit persönlich vorstellig geworden.

Die Neutralität in Löwen.

Kommunistische Wählerrechte in der Reichswehr.

Kommunistische Blätter veröffentlichten eingehende Berichte über Vorkommnisse bei dem in der Festung Löwen liegenden Truppenteil der Reichswehr. Im großen und ganzen scheint ihre Darstellung zuzutreffen. Wenigstens hat die Heeresleitung bereits unter dem 7. August an sämtliche ihr unterstellten Truppenteile von dem Vorfall durch einen Tagesbefehl Kenntnis gegeben, in dem es u. a. heißt, daß etwa ein Drittel der Mannschaft der drei Infanteriekompagnien des III. Bataillons Inf.-Regt. Nr. 2 am 10. Juli eine Versammlung veranstaltet und dann geschlossen und teilweise bewaffnet nach der Kaserne zogen, um ihre Forderungen: weniger Dienst, Absehung der Unteroffiziere, Zahlung der rückständigen Teuerungsablagen vorzubringen. Augesichts der festen Haltung des Restes des Bataillons ließen sie sich jedoch auf der Kaserne widerstandslos entwaffnen und festnehmen. Bei einem Befehlshaber wurden sogenannte Programmpunkte gefunden (sie enthalten Forderungen auf Entlassung der monarchistischen Offiziere und Mannschaften, Aufnahme von Verbündung mit arbeitenden Eisenbahnherrn, Entlassung der Unteroffiziere, Zahlung rückständiger Teuerungsablagen usw.).

Weiter wird vom Reichswehrministerium erklärt, daß ihm bekannt geworden sei, daß seit dem Rathenaumord eine verstärkte kommunistische Agitation unter der Reichswehr mit den oben erwähnten Forderungen zu treiben versucht werde.

Aus dem Briefe eines Teilnehmers an der Mutter in Löwen teilt der "Soz. Parlamentsdienst" mit, daß 80 Soldaten in Untersuchungshaft sitzen, während 30 andere Beteiligte flüchten aus der Kasernenstadt und verschwunden sind. Insgesamt sind 110 Soldaten wegen Neutralität angeklagt. Die Verhandlung findet am 29. und 30. September vor dem Landgericht in Löwen statt.

Politische Standpunkte.

Berlin, 28. September 1922.

Das preußische Justiz- und Polizeiamt hat Majlisminister Tschäßler Amt ins Auge geckt, nur den Beurteilungen über den schwierigen Termin des 1. Oktober hinwegzuhalten.

Die Bergarbeiterzeitung kann eine solche Verboten werden, und zwar diesmal auf 10 Tage.

Die Zeitung "Le Monde" darf die Dauer von 6 Monaten für das Jahr 1923 nicht verlängern.

Wchsel in den Reichswehrgruppenkommandos. In den Befehlshaberstellen der beiden Reichswehrgruppenkommandos in Berlin und Kassel wird ein wichtiger Wechsel eintreten. Der Oberbefehlshaber des Berliner Gruppenkommandos, General der Infanterie v. Bergmann, wird demnächst in den Ruhestand treten und voraussichtlich durch den Oberbefehlshaber in Kassel, General der Artillerie v. Berend, ersetzt werden. Als dessen Nachfolger in Kassel wird der jetzige Kriegsminister und Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, genannt, der augewöhllich als Kommandant von Württemberg das Kommando der dort stehenden 5. Division führt. Mit den Befehlshabern werden auch die Generalstabschiefe wechseln.

Heraus mit den deutschen Kriegsgefangenen! Die Bundesleitung der Reichsbereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat einen ausführlich bekräftigten Aufruf an den Volkerbund gerichtet, sich für die schnelle Beendigung der von Clemenceau begonnenen und leider unter Poincaré vollständig eingestellten Begnadigungsaktion zugunsten der letzten 27 "Strafgefangenen in Toulon einzusezen.

Die Volksabstimmung im Saargebiet. Der Volkerbundrat in Genf hat beschlossen, zur Vorbereitung der Volksabstimmung im Saargebiet einen Kommissar für die Volksabstimmungssache zu ernennen. Der schlesische Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bonzon, wurde für diesen Posten ernannt. Die Volksabstimmung hat befürchtlich fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zu erfolgen, und zwar haben sich die Bewohner des Saargebiets darüber schlüssig zu werden, ob das Saarland mit Deutschland oder Frankreich vereinigt werden soll oder ob die durch den Friedensvertrag geschaffene Rechtsordnung beibehalten werden soll.

Die Wahlen in Oberschlesien. Nach dem amtlichen Ergebnis der Wahlen zum schlesischen Sejm entfallen von den 48 vorgeesehenen Mandaten auf den Nationalen Block (Koalition) 19, auf den deutschen Block 11, auf die nationale sozialistische Partei 8, auf die nationale Arbeiterpartei (Partei des jungen Wojewoden Rymer) 6, auf die deutschen Sozialisten 3 und auf die polnische Volkspartei ein Mandat. Das Ergebnis der Wahlen für die deutschen Parteien ist keineswegs unbedeutend, wenn man berücksichtigt, daß der ganze Wahlkampf in Oberschlesien auf die Gegnerschaft der Polen zu den Deutschen abgestimmt war. In den drei Städten Katowitz, Königsberg und Lauterburg haben die deutschen Parteien die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigt. Die deutschen Parteien kämpften bei diesen Wahlen mit großer Schwierigkeit. Sie beruhten zunächst auf der Wahlnägigkeit der aufgestellten Wählerlisten. Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren alle Deutschen, die nicht seit 1908 dauernd in Oberschlesien wohnen. Die Wahlkreiseinteilung war den polnischen Organisationen viel früher bekannt gegeben worden, als den deutschen, so daß jene viel früher mit den Wahlvorbereitungen beginnen konnten. Während des Wahlkampfs benutzten die Polen alle möglichen Mittel, um durch Terror die Deutschen einzuschüchtern und von der Stimmenabgabe abzuhalten. Dazu kam die starke Abwanderung der deutschen Beamten, Kaufleute und Arbeiter in den letzten Monaten und die große Zahl der deutschen Flüchtlinge, die sich nicht zurückzulehnen trauten. Wenn trotzdem 11 deutsche Kandidaten durchgebracht wurden, so ist das ein schöner Erfolg der deutschen Parteien.

Um die Erhöhung des Tabakzolls. Der Reichstagssaal hat für Volkswirtschaft hat die von der Regierung vorgelegte Verordnung über Zoll erhöhung einstimmig gebilligt, ließ jedoch die Frage der Erhöhung des Tabakzolls vorläufig noch offen. Bekanntlich hatte die Regierung eine Heraufsetzung des Tabakzolls von 80 auf 130 Mark verlangt mit der Begründung, daß auch die Einführung von Tabak bei der gegenwärtigen Not einer Einschränkung bedürfe. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat sie von den Bedenken, die der Reichsrat gehabt hat, anscheinend beeinflussen lassen und daher die Beschlusssatzung über die Zoll erhöhung ausgeschoben.

England soll sich bereit erklären, die Garantie für 20 Millionen der Österreicher zu gewährenden Anleihe zu übernehmen.

Über 220 000 griechische Flüchtlinge aus Kleinasien in Griechenland eingetroffen. An der kleinasiatischen Küste waren noch 150 auf die Beförderung nach Griechenland, die unter dem Schutz Amerikas und der Alliierten bis zum 1. Oktober durchgeführt werden soll.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel hat die griechische Militärschule, die dort seit dem Waffenstillstand arbeitete, Konstantinopel verlassen.

Der serbische Justizminister Marković ist in Paris angelommen, um mit der französischen Regierung und der Reparationskommission über die Reparationsansprüche Serbiens zu verhandeln.

Die aus Konstantinopel verbreitete Meldung über Strafkämpe in Sozja wird von bulgarischer Seite als völlig unzutreffend bezeichnet.

Die amerikanische Flottenverwaltung erklärt, daß teilweise Schlagdiffe außer Dienst gestellt werden, so lange nicht Frankreich und Italien den Washingtoner Flottenvertrag ratifiziert haben.

Der französische Botschafter beim Balkan Senator Jonnard demonstriert nach dem Temps, daß er für die Radikal-Dubois' im Vorwurf der Reparationskommission landet.

Die österreichische Regierung gibt neuerdings Banknoten zu 500 000 Kronen aus.

Die russisch-japanische Konferenz in Tschangtschinsk über die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Kordon der Insel Sachalin ist geklungen.

Paul Des Ciegfeld, der Alterspräsident der französischen Deputiertenkammer, ist gesorben.

Polen: Der Plan des deutschen Grundbesitzes.

Der polnische Landtag lehnt ein Gesetz über eine Begrenzung der Eigentumsrechte des deutschen Grundbesitzes in Polen und Pommerellen, wozu die polnische Regierung durch den Versailler Vertrag verpflichtet ist.

Cairo: Die Flüchtlinge im Libanon.

Die Volksabstimmungssitzung hat die Aussprache über die Maßnahmen des Abstimmungsausschusses fort, dann zu

einem Abstimmung zu gelangen. **Wieder-England.** Der 10. Deutsches erzielte, erklärt, wie bereits in der Kommission, daß Deutschlands Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems wünschenswert sei. Er teilte seine Zustimmung mit zu der gemeinsamen Behandlung der Frage der Reparations Schulden und der interalliierten Schulden. Wenn der Volkerbund sich auch ohne den Wunsch der Regierungen nicht in die Frage einmischen dürfte, sei doch zu hoffen, daß, falls die Regierungen zu seinem Wunsch kommen, man's Belgien habe noch rechtzeitig das Recht Belgien vor einer einseitigen Aktion zu verhindern.

Die Erhöhung des Tabakzolls.

Berlin, 27. Septbr. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages stimmte heute der Erhöhung des Einfuhrzolls für Tabak von 60 auf 75 Mark für den Doppelzolltarif zu. Die letzte Erhöhung der Einfuhrzölle soll für Tabakerzeugnisse wieder aufgehoben werden.

Revolution in Griechenland.

London, 27. September. Nach einer Neutermeldung aus Athen ist es in Larissa, Mithlene und Saloniki zu ersten revolutionären Unruhen gekommen. Heer und Marine sind daran beteiligt. Die Revolutionäre verlangen die Abdankung des Königs. Die 4. griechische Armee in Rodosto (Südthrakia), die dazu bestimmt war, zusammen mit den Engländern die Dardanellen zu verteidigen, hat rebelliert und ihre Entlassung gefordert.

Rücktritt der Athener Regierung.

London, 27. Septbr. Neuter meldet aus Athen, daß das griechische Kabinett zurückgetreten sei, nachdem bereits zwei Minister vorher demissioniert, weil der König und der Ministerpräsident die Abdankung Venizelos abgelehnt hatten. Nach bisher unbestätigten Nachrichten hat König Konstantin zugunsten des Thronfolgers abgedankt.

Englische Truppenverschiebungen nach dem Orient.

London, 27. Septbr. Morgen werden drei Hauptstädte von hier nach dem Orient abgehen. Die Hochseesicherheitsflottille wird gleichfalls in das östliche Mittelmeer gesandt werden.

Amerika auf Seiten Englands.

Washington, 27. Septbr. Staatssekretär Hughes hat in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter erklärt, daß die amerikanische Regierung vielleicht einig wäre mit dem Vorschlag der Alliierten, der in der Note an Angora gemacht worden sei, um die Freiheit der Meerengen und die reellen Interessen in Kleinasien zu schützen. Der amerikanische Kreuzer "Pittsburg" hat Befehl erhalten, sich zur Aussicht nach den Dardanellen bereitzuhalten.

Ministerverhaftungen in Bulgarien.

Sofia, 27. Septbr. Nach einer amtlichen Erklärung hat der Ministerrat auf Grund der Einreichung eines Gesetzentwurfs in der Sobranje, der vom Ministerrat angenommen und vom König bestätigt ist und einen Beschluss über die Schuldenfrage verlangt, die Ergreifung von Mahnhaften beschlossen, um die ehemaligen Minister des Kabinetts, Geschow, Danew und Malinow, die verhaftet worden sind, und deren Güter konfisziert wurden, zur Verfüzung der Gerichtsbehörden zu halten.

Annahme der Abrüstungsanträge im Volkerbund.

Genf, 27. Septbr. Die Volksversammlung des Volkerbundes hat die Anträge des Abrüstungsausschusses über die Garantieverträge und die Reparationsfrage angenommen.

Panik in Konstantinopel.

Konstantinopel, 27. Septbr. Die ablehnende Haltung der türkischen Nationalisten hat unter den nicht-türkischen Kreisen große Erregung hervorgerufen. Man befürchtet, daß die türkische Bevölkerung sich zu Ausschreitungen gegen die Europäer hinreißen lassen wird. Die Botschaft des englischen Oberkommandierenden, Lady Harrington, und die Frauen der englischen Offiziere, haben Konstantinopel verlassen. Auch hat eine starke Abwanderung der europäischen, namentlich der englischen Bevölkerung, eingesezt und mehr als tausend Europäer verlassen täglich die türkische Hauptstadt. Außerdem haben über 10 000 türkische Griechen um ihre Pässe für die Abreise ersucht. Der Sultan soll durch den Rücktritt seiner Minister vollkommen niedergeschlagen sein. Kemal hat seine Absicht ausdrücklich, einen nationalen Grossfürst in Konstantinopel zum Vertreter der Regierung von Ankara zu ernennen.

Waffenstillstandskonferenz in Mudania.

London, 27. Septbr. Der Korrespondent der "Times" in Konstantinopel meldet, daß die alliierten Oberkommissare beschlossen haben, für den Fall, daß Mustapha Kemal die Einladung der Alliierten annehmen sollte, die Angora-Regierung aufzufordern, Vertreter zu einer Waffenstillstandskonferenz zu entsenden, die in Mudania, dem Hafen von Brusia, stattfinden soll.

Soziales.

+ 4,83 Milliarden für Wohnungsbauten. Die preußischen Regierungsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach zur Fortsetzung der Wohnungsbauten 3 Milliarden aus Staatsmitteln und 1,83 Milliarden aus Reichsmitteln den Gemeinden sofort zur Verfügung gestellt werden sollen, um die Stilllegung der Bauten und den Eintritt großer Schäden zu verhindern. Die Regierung ist mit dem Antrag einverstanden.

Aus Stadt und Land.

Nova Arbeit für Notgeldsampler. Mit der Genehmigung des Reiches zur Ausgabe von Notgeld wird der Hamburger Staat nunmehr 5 Milliarden Mark herausgeben. Die Laufzeit ist zunächst auf zwei Monate beschränkt worden.

Kommunisten feiern den "Todesreigen". In ein Leipziger Kino drang eine fünfzehnköpfige Bande

und raudte mit vorgehaltenem Revolver vier Männer des Altbauernes „Der Todesreigen“, in denen die Röte geschürt werden, wie sie seit der Revolution unter der Herrschaft der Sovjetregierung in Russland eingetreten sind. Die Männer entstammen unerkannt. Allmählich nach handelt es sich um einen politischen Akt von Kommunisten, die auf diese Weise die Fortführung des Films verhindern wollten.

Verzweiflungstat einer Mutter. In Berlin-Hrieden wurde die etwa 36 Jahre alte Frau Margarete Born geb. Kämmerling mit ihren beiden Kindern, einer sechsjährigen Tochter und einem achtjährigen Sohn in ihrer Küche tot aufgefunden. Die Frau hat, wie aus einem vorgefundenen Briefe hervorgeht, sich und ihre Kinder aus wirtschaftlicher Not mit Beuchgas vergiftet.

Neue Verhaftung in Hamborn. Die belgische Befreiungsbehörde in Hamborn hat in der Angelegenheit der Ermordung des belgischen Leutnants Graff wiederum einen Wachtmeister verhaftet. Es befinden sich jetzt in Haft ein Offizier, 13 Beamte und drei Zwölften.

Drei Gymnasiasten bei einer Bootsfahrt ertrunken. In Dramburg (Hinterpommern) unternahmen vier Schüler des Gymnasiums in einem Doppelschiff eine Fahrt auf dem vom Weststurm stark bewegten Süßsee. Das Boot kenterte, ein Schüler konnte sich durch Schwimmen retten, die anderen drei ertranken.

Presse in Not. Das vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsliste verzeichnet abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben. Die vor kurzem vereinigten beiden Gütersloher Tageszeitungen werden wahrscheinlich vom 1. Oktober ab als Kopfblatt einer Bielefelder Tageszeitung erscheinen. Damit wird Gütersloh ohne eigene Zeitung sein. — Der „Frankfurter Kurier“ in Nürnberg sieht sich wegen der Papierverteilung gezwungen, vom 1. Oktober ab nur einmal täglich zu erscheinen.

Am Hafen gesrandet. Infolge des in den letzten Tagen an der Ostseeküste herrschenden Sturmes war der auf der Fahrt von Königsberg i. Pr. nach Flume befindliche Personendampfer „Abbazia“ durch den schweren Sturm gezwungen, Stolpmünde als Rotsen anzulaufen. Das Schiff, dessen hoher Aufbau jedoch dem Sturme große Angriffsflächen bot, wurde mittschiffs zunächst auf den Molenkopf und dann mit schwerer Ruder- und Maschinensavarie auf den Wellenbrecher der Mole geworfen. Nach mehrmaligen Versuchen gelang es, das schwerver beschädigte Schiff abzuschleppen.

Schwere Eisenbahnunfälle in Oberschlesien und in Polen. Auf der Strecke Katowitz-Hindenburg fuhr ein vorzeitig abgespannter Personenzug in voller Geschwindigkeit auf einen Güterzug auf. Die Lokomotive des Güterzuges wurde aus den Schienen gehoben und beschädigt. Ein Güterzugsbeamter und zwei Reisende wurden getötet, über zwanzig Personen verletzt. — Auf der Strecke Warschau-Temblin fuhr ein Personenzug bei Rudz-Tarubisz auf einen Güterzug auf. Vier Personen wurden getötet und zwanzig verletzt. Vier Güter- und drei Personenwagen wurden schwer beschädigt.

Der Heringsfogen. Wie von der jütländischen Küste geschrieben wird, sind bei Böbbjerg und bei Hjältring ungeheure Heringschwärme aufgetreten, die sich in südlicher Richtung bewegen. Auch an der südländischen Küste von Holmsland-Klit werden große Mengen gefangen. Bei Böbbjerg standen sie in kolossal Mengen dicht am Strand und konnten von den Küstefischern mit Schaufeln in die Fischereifahrzeuge genommen werden. Es ist zu erwarten, daß die gewaltiger Fangzüge bald an der deutschen Nordseeküste erscheinen werden und man dort große Hängemacht. Da die Aussicht frischer Seeleute einschließlich der grünen Heringe vom 25. September ab gesperrt ist, dürfte der deutsche Fischmarkt eine für die Fischernahrung willkommene Bereicherung erfahren. Hoffentlich werden die Heringe dann aber auch deutend billiger.

kleine Nachrichten.

* Prof. Max Steinhardt hat den Ruf erhalten, im Wintersemester an der Kölner Universität eine Reihe von Vorlesungen über Theaterfragen zu halten.

* Infolge der Besteuerung der Telephongebühren haben sämtliche Aerzte in dem thüringischen Städtchen Stahlau ihre Ansässen zum 1. Oktober gefündigt.

* Der französische Hochlandamfer „BOM Nr. 8“ ist an einer feiligen Stelle der portugiesischen Küste aufgetaufen.

* In Budapest ist Dienstag nachmittag ein leises Erdbeben zu spüren gewesen.

Gerichtssaal.

Miabruach des deutschen Gesetzes. Der norwegische Staatsangehörige Harold Plot, der in Braunschweig die Technische Hochschule besucht, wurde von dortigen Schöffengericht wegen Beschimpfung des Deutschen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; die aber auf Grund des Geldstrafgesetzes in 120 000 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden. Plot, der in Paris Verwandte hat, hatte wiederholt in Kassehüfern die Deutschen als „Schweinebande“ bezeichnet die sich um ihre Verbüßungen gegen Frankreich drücken wollten. Die Polizei mußte ihnen die Kehl zuschützen. Er war wegen dieses Benehmens bereits vom Verein der Norweger in Braunschweig ausgeschlossen worden.

Sport und Verkehr.

Eine Neuerung in der Telegraphie. Am Mittelpunkt der technischen Beratungen der leichten Mitgliederversammlung des Elektrotechnischen Vereins in Berlin-Charlottenburg stand ein Vortrag des Oberingenieurs Lüttich (Siemens und Halske) über Wechselstromtelegraphie. Die von der Telegraphenverwaltung in Gemeinschaft mit der Industrie auf diesem Gebiete angestellten Versuche haben die Möglichkeit der Verwendung des im Bau befindlichen Fernsprechfabelnetzes gleichzeitig auch für Mehrfachtelegraphie ergeben. Dadurch wird eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Fernfabel erreicht werden können.

Ein neuer Sieg Breitensträters. Vor ausverkauftem Hause fand im Berliner Sportpalast ein Boxkampf des deutschen Schwergewichtsmeisters Hans Breitensträter gegen den belgischen Schwergewichtsmeister Joffe de Paas statt. Der deutsche Meister siegte in der 5. Runde überlegen durch Niederschlag.

Volkswirtschaft.

Das Nebermahl der Gewerbesteuer. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat eine Entscheidung gegen die hohen Gewerbesteuern gefaßt und den maßgebenden Stellen zugehen lassen. Es wird darin ausgeführt, die Gewerbesteuer habe eine unerträgliche Höhe erreicht, da zum Teil den Betriebsbetrieb insbesondere der Industrie das Anlage- und Betriebskapital weggestreut werde. Es wird auch gefordert, daß das Reich und die Länder der Gemeinden die Neberteuersanteile an der Einnahme aus der Einkommensteuer auskömmlich erhöhen und mit der nötigen Schnelligkeit überwerfen. Ferner wird auf Erweiterung des Einspruchs- und Kontrollrechts der Steuerbehörden gedrungen, an Stelle der Besteuerung der Gewerbe eine allgemeine Besteuerung der Gemeindegenossen und im Zusammenhang damit eine Festlegung der höchsten Grenze der Gesamtbelastung verlangt.

Die Geldknappheit in der Industrie. Der Stahlbund wird in seiner bevorstehenden Sitzung voraussichtlich bei dem herrschenden Mangel an Betriebsmitteln die Heraufsetzung der Zahlungsfrist auf 14 Tage oder sogar 10 Tage beschließen. Man glaubt daß diese Maßnahme, die bereits aus den gleichen Gründen vor zwei Jahren vorübergehend eingeführt war, auch jetzt ebenso wenig wie damals auf Schwierigkeiten stoßen werde. Der Geldmangel ist bei manchen Werken so groß, daß sie ihrer Kundenschaft für Vorauszahlungen hohe Rückvergütungen genehmigen.

Baumwollmangel auf dem Weltmarkt. Noch vor Jahresfrist bestand in der Welt ein Überangebot an Baumwolle. Die Preise waren so niedrig, daß sich beispielsweise die amerikanischen Baumwollfarmen günstig haben: die Anbaufläche von etwa 36 Millionen Acres auf 27 Millionen herabgesetzt. Inzwischen hat sich das Bild durchaus geändert. Der Weltbaumwollverbrauch von August 1921 bis August 1922 wird heute auf 21 Millionen Batzen angegeben. Das sind 92,5 Proz. des Gesamtbaumwollverbrauchs, in dem mit dem 31. August 1918 endigenden Baumwolljahr. Damals betrug allerdings die amerikanische Baumwollleite etwa 17 Millionen Batzen. Im vorigen Jahre hatte sie sich verringert auf 8 Millionen und die diesjährige Baumwollleite wird auf weniger als 10 Millionen Batzen angegeben. Und so stehen wir dann in der Tat vor der Möglichkeit, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt, denn die Ernten der übrigen baumwollproduzierenden Länder sind nicht imstande, den Ausfall, der durch die Verminderung der amerikanischen Erzeugung entsteht, zu decken.

Der Verlauf der tückischen Krankheit, die den Kaiser Friedrich III. dahinraffte, war mir von deutschen Aerzten, die als Experten von Sir Morell Mackenzie, dem englischen Aerzt, hinzugezogen worden waren, ganz offen vorausgesagt worden. Mein tiefer Schmerz und Kummer waren um so größer, als es mir fast unmöglich war, meinen heiliggeliebten Vater allein zu sprechen. Er wurde von den englischen Aerzten wie ein Gefangener behandelt und, während Reporter aus allen Ländern vom Sterbezimmer aus den armen Kranken beobachten durften, wurden mir alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, an meinen Vater heranzutreten oder mit ihm auch nur schriftlich in darüber stehender Verbindung zu bleiben; meine Briefe wurden oft aufgefangen und nicht abgegeben. Außerdem wurde aus dem Verwaltungskreise eine infame, regelrechte Verleumdungskampagne gegen mich in der Presse geführt. Besonders taten sich zwei Journalisten hierbei hervor: ein Herr Schnittritz und Monsieur Jacques St. Gere vom „Figaro“ — ein deutscher Jude — der den späteren Kaiser Jahr lang in günstiger Weise in Frankreich verlebte, bis ihm der Prozeß des „Petit Sucré“ den Hals brach.

Die letzte Freude, die der Kaiser erlebte, konnte ich ihm durch den Vorbeimarsch der von mir persönlich dem Vater vorgesetzten 2. Garde-Infanterie-Brigade bereiten. Es waren die ersten und letzten Truppen, welche Friedrich III. als Kaiser sah. Auf einem kleinen Zettel schrieb er seinem dadurch beglückten Sohne auf: Er sei dankbar für die Freude, diese Truppen zu sehen, und stolz darauf, sie die feinen nennen zu können. Dieses Ereignis war ein Lichtblick in den schweren 99 Tagen, die auch für mich als Kronprinzen viel Kummer, Demütigungen und Verächtigungen brachten. Ich beobachtete während dieser Krise pflichtgemäß wachsamen Auges alle Vorkommnisse in militärischen, Beamten- und Gesellschaftsstellen und war innerlich empört über die Zeichen der Lockerung, die ich überall wahrnahm, vor allem aber über die sich mehr und mehr bemerkbar machende Feindschaft gegen meine Mutter. Auf der anderen Seite mußte mich die andauernd gegen mich gerichtete Verleumdungskampagne, die mich als mit meinem Vater im Zwiespalt befindlich schilderte, tief verlegen.“

Weiter fährt der Kaiser fort: „Jedenfalls hat der Zar bis zu seinem Tode zu seinem Worte gehalten. In der allgemeinen Politik Russlands hat das zwar nicht viel geändert, aber vor einem Überfall von dort war Deutschland wenigstens sicher. Der gerade Charakter Alexanders III. brachte dafür — bei seinem schwachen Sohne wurde es anders.“

Mag man sich nun zu Bismarcks Russenpolitik stellen wie man will, das eine muß gesagt werden, nämlich, daß der Fürst es trotz dem Berliner Kongress und der Annäherung Frankreichs an Russland verstanden hat, Beziehungen ernster Art zu vermeiden. Das bedeutet vom Berliner Kongress ab gerechnet ein überlegenes diplomatisches und staatsmännisches Spiel über 12 Jahre (1878–1890). Man wird auch hierdortheben müssen, daß es ein deutscher Staatsmann war, der 1878 einen allgemeinen Krieg verhinderte und dafür sogar die Beziehungen Deutschlands zu Russland schwächte im berechtigten Vertrauen darauf, daß es seiner gentleren zielgerichteten Staatskunst gelungen würde, sie nach Überwindung der allgemeinen Krisis wieder zu stärken oder wenigstens Konflikte zu vermeiden. Das ist ihm 12 Jahre lang und seinen Nachfolgern am Staatsruder weitere 24 Jahre gelungen.“

Bon der Parteipolitik habe ich als Prinz mich absichtlich fern gehalten und mich ganz auf meinen Dienst in den verschiedenen Waffen, denen ich zugewiesen wurde, konzentriert. Häufig genug wurde es versucht, mich unter dem Deckmantel harmloser Versammlungen, Tresen u. dgl. für politische Ziele oder Wahlzwecke einzufangen. Ich habe mich immer zurückgehalten.

Der Verlauf der tödlichen Krankheit, die den Kaiser Friedrich III. dahinraffte, war mir von deutschen Aerzten, die als Experten von Sir Morell Mackenzie, dem englischen Aerzt, hinzugezogen worden waren, ganz offen vorausgesagt worden. Mein tiefer Schmerz und Kummer waren um so größer, als es mir fast unmöglich war, meinen heiliggeliebten Vater allein zu sprechen. Er wurde von den englischen Aerzten wie ein Gefangener behandelt und, während Reporter aus allen Ländern vom Sterbezimmer aus den armen Kranken beobachten durften, wurden mir alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, an meinen Vater heranzutreten oder mit ihm auch nur schriftlich in darüber stehender Verbindung zu bleiben; meine Briefe wurden oft aufgefangen und nicht abgegeben. Außerdem wurde aus dem Verwaltungskreise eine infame, regelrechte Verleumdungskampagne gegen mich in der Presse geführt. Besonders taten sich zwei Journalisten hierbei hervor: ein Herr Schnittritz und Monsieur Jacques St. Gere vom „Figaro“ — ein deutscher Jude — der den späteren Kaiser Jahr lang in günstiger Weise in Frankreich verlebte, bis ihm der Prozeß des „Petit Sucré“ den Hals brach.

Die letzte Freude, die der Kaiser erlebte, konnte ich ihm durch den Vorbeimarsch der von mir persönlich dem Vater vorgesetzten 2. Garde-Infanterie-Brigade bereiten. Es waren die ersten und letzten Truppen, welche Friedrich III. als Kaiser sah. Auf einem kleinen Zettel schrieb er seinem dadurch beglückten Sohne auf: Er sei dankbar für die Freude, diese Truppen zu sehen, und stolz darauf, sie die feinen nennen zu können. Dieses Ereignis war ein Lichtblick in den schweren 99 Tagen, die auch für mich als Kronprinzen viel Kummer, Demütigungen und Verächtigungen brachten. Ich beobachtete während dieser Krise pflichtgemäß wachsamen Auges alle Vorkommnisse in militärischen, Beamten- und Gesellschaftsstellen und war innerlich empört über die Zeichen der Lockerung, die ich überall wahrnahm, vor allem aber über die sich mehr und mehr bemerkbar machende Feindschaft gegen meine Mutter. Auf der anderen Seite mußte mich die andauernd gegen mich gerichtete Verleumdungskampagne, die mich als mit meinem Vater im Zwiespalt befindlich schilderte, tief verlegen.“

Der reitende Schutzmann in Paris.

Wenn die Gegenwart weniger betreiblich und eigentlich wäre, heitere Empfindungen auszuüben, so könnte es uns fast vergnüglich stimmen, daß unsere gehässigsten Gegner aus dem Weltkriege, die unverhohlenen Franzosen, die angeblich zu den Waffen gegangen waren, um die Kultur und Zivilisation von den Gefahren des deutschen Militarismus zu schützen, jetzt, da sie sich des errungenen „Sieges“ rühmen, nichts eiligeres zu tun haben, als eben diesem verabscheuungswürdigen Militarismus guß eifrigste Nachzueifern.

Sie haben ihre Arme auf einen Stand gebracht, der in keinem Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer steht, und belasten ihr Staatsbudget mit einem Heeresetat, der, vergleichsweise, jeden deutschen Heeresetat von früher weit übersteigt. Und um in ihrer Hauptstadt, in Paris, Ordnung zu halten, haben sie sich jetzt entschlossen, eine Einrichtung zu schaffen, deren Vorbild offenbar aus Deutschland stammt. Diese Einrichtung — das ist das neu geschaffene Institut der „police à cheval“, der „Polizei zu Pferde“. Aus dem Strafbild Berlins, das er wie ein Monument aus Eisen oder Stein übertrug, ist der reitende Schutzmann selten geworden. Aber an den Ufern der Seine feiert er fröhliche Auferstehung. Denn in Paris ist das Getümmel von Fuhrwerken aller Art so groß geworden, dass es so unendlich viele Autos von Ausländern, die durch den Krieg zu Reichtümern gekommen, die Boulevards entlang, daß die zu Fuß an den belebtesten Punkten stationierten „Sergeants de ville“ nicht mehr imstande sind, sich Gestaltung zu verschaffen.

Aber in den Franzosen, die sich so gern revolutionär geben, steht im Grunde ein sehr konservativer Zug, — wenn man das Wort „konservativ“ nicht in unserem parteipolitischen Sinne auffaßt, sondern damit sagen will, daß sie mit Bähnigkeit am Alten auf jeglichen Gebieten festhalten und in bezug auf Neuerungen und Reformen immer hübsch langsam hinter den anderen Nationen einmarschieren.

„Ereignisse und Gefahren.“

Aus den Erinnerungen Wilhelms II.

Das Buch Wilhelms II., „Ereignisse und Gefahren des Schönen durch Ludwig den Bayern.“ — 1803. — Der Maler Ludwig Richter in Dresden († 1884) — 1859. — Der Geograph Karl Ritter in Berlin († 1779) — 1864. — Der Maler Arthur Kampf in Aachen — 1870. Die Festung Stralsburg kapitulierte — 1883. Einführung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde — 1918. — Der Romanfestssteiler Eduard Graf v. Keyserling in München († 1855).

Gedenktag für den 28. September.
1322. Schlacht bei Mühldorf. Siegreiches Gefüge Friederich des Schönen durch Ludwig den Bayern. — 1803. — Der Maler Ludwig Richter in Dresden († 1884) — 1859. — Der Geograph Karl Ritter in Berlin († 1779) — 1864. — Der Maler Arthur Kampf in Aachen — 1870. Die Festung Stralsburg kapitulierte — 1883. Einführung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde — 1918. — Der Romanfestssteiler Eduard Graf v. Keyserling in München († 1855).

1322. Schlacht bei Mühldorf. Siegreiches Gefüge Friederich des Schönen durch Ludwig den Bayern. — 1803. — Der Maler Ludwig Richter in Dresden († 1884) — 1859. — Der Geograph Karl Ritter in Berlin († 1779) — 1864. — Der Maler Arthur Kampf in Aachen — 1870. Die Festung Stralsburg kapitulierte — 1883. Einführung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde — 1918. — Der Romanfestssteiler Eduard Graf v. Keyserling in München († 1855).

„Ich verstehe vollkommen deine Handlungsweise. Der Fürst war trotz all seiner Größe schuld, ich doch nichts anderer, als dein Beamter oder Beauftragter. An dem Augenblick, wo er sich wehrte, nach deinen Befehlen zu handeln mußte er entlassen werden. Ich meinerseits habe immer Wissensvollen gegen ihn gehetzt und ihm niemals ein Wort von dem, was er mich wissen ließ oder selbst mit sagte, geglaubt, denn ich wußte genau, daß er mich immer anschwärzte. Für die Beziehungen zwischen uns beiden, mein lieber Wilhelm, wird der Zweck des Fürsten die besten Folgen haben. Das Wissensvollen wird schwanden. Ich habe Vertrauen zu dir. Du kannst dich auf mich verlassen.“

Das französische Publikum ist zu nörgelnder Kritik aufgelegter als irgend ein anderes Publikum. Daher bringt es allem Neuen zunächst Misstrauen entgegen. Und so ist es außertypisch charakteristisch, daß die Pariser Presse sich bemüht, ihren Lesern die "police à cheval", dadurch schmackhaft zu machen, daß sie ihm beschwichtigend zufügt, der reitende Schutzmann sei ja gar nichts Neues, vielmehr eine ur-alte Pariser Tradition. Sie erinnert daran, daß es ursprünglich in Paris überhaupt nur eine berittene Polizei gab. Freilich verschweigt sie, daß Paris noch bis ins 19. Jahrhundert hinein die schmutzigste Stadt Europas war und Polizisten zu Fuß allmählich im Morast versunken wären. Und sie stellt fest, daß schon Ludwig XI. — er regierte von 1461 bis 1483 — eine berittene Polizei (der „Zigarro“ sagt poetisch: „eine Polizei von Ventauen“) in Paris schuf, die dem altrömischen „ersten General-Lieutenant der Polizei“, dem Stadthauptmann, unterstellt war und eine ständige Kontrolle der öffentlichen Sicherheit ausübte.

Später kam die Pariser Polizei zu Pferde in Fortfall, vielleicht, weil sie zu sehr an die durch die große Revolution bestürzte Monarchie mahnte. Und nun, 133 Jahre nach der Erfahrung der Bastille, hält der Polizist zu Pferde, der reitende Schutzmann, einst das Symbol der Tyrannenherrschaft, wieder seinen Einzug in der Hauptstadt Frankreichs!

Dr. A. v. W.

Tochter, welche leben.

(21. Fortsetzung.)

Und was alles Zureden des Bruders und die gutgemeinten Worte der anderen Leute nicht zu stande gebracht hatten, das gelang diesem sprechend äußlichen Bild: Der furchtbare Druck, welcher wie eine schwere Last auf Hella's Seele gelegen, löste sich. Sie saß vor dem Bild in die Knie und weinte lange und bitterschlich. Aber es waren erlösende Tränen.

Bater, lieber Bater!"

Immer wieder kamen diese Worte einer großen Sehnsucht über ihre Lippen. Immer wieder blickte sie auf zu dem Bilde. Unter dasselbe hatte Werner Irwein ein paar Worte geschrieben. Diese Worte, welche ihm selbst zum Leitmotiv seines Lebens wurden und von denen er hoffte, daß sie auch seinen Kindern zum Führer werden sollten. Deutlich sah Hella, trotz des Tränenrevers, die Buchstaben, und ihr war es, als lächle der Vaters Stimme selbst zu ihr:

„Sei getrennt bis in den Tod, und ich will dir die Krone des Lebens geben.“

Halb Getrennt war er stets gewesen. Treu denen, die er liebte, treu seinen Pflichten, treu seinen Überzeugungen. Treu wollte auch sie sein, damit auch ihr Kindernein ein gesegnetes sei.

Allmählich weinte sie leiser, die Tränen versiegten. Sie erhob sich von den Knieen und setzte sich in den Stuhlsessel, der vor den Schreibtisch gerückt war. Ihre Augen glühten von des Vaters Bild weiter. Da war die Mutter. Hella erinnerte sich ihrer genau. Wie ein glänzender, schimmernder Stern, so strahlte das Andenken an diese fiktive Frau durch ihre Seele. Frau Jutta hatte sich eigentlich nie allzuviel beschäftigt mit ihren Kindern. Dazu fehlten ihr Geduld und Auslagen. Die Sorgen, das Beeinflussen des Charakters, das häfliche Umhüllen, die Märchenstunde im Dämmerlicht neben dem großen Nachelosen, das Abendgebet, alles dies und noch tausend anderes überließ sie gerne dem stillen, ernsten Mann, dem Vater. Aber manchmal kam sie plötzlich in das Kinderzimmer, rückte Wolf und Hella näher an ihre Arme, tauchte ausgelassen mit ihnen durch die langen Korridore, sang ihnen allerliebst, drostige Liedchen vor mit einer scharfen, dunklen Stimme, überschüttete sie mit Küschen und Schmeichelworten, mit Bärtschen und allerlei Spielzeug. Bei Werner Irwein war für Wolf und Hella die Heimat mit all ihrem trauten Behagen, mit dem Gefühl tieffest Geborgenseins. Bei der Mutter aber schien es ihnen, als trüten sie in ein Zauberland, voll einer märchenhaften, bunten Pracht. Und als Frau Jutta so jäh aus dem Gesichtskreise ihrer Kinder entschwand, blieb das Grinnern an sie doch stets nach, denn Werner Irwein sprach oft und viel von seiner Frau, und später, als dann die Nachricht von ihrem Tode eintraf, malte er den Kindern das Bild der Mutter in leuchtenden Farben. So blieb auch die Frau lebendig...

Weiter ging Hellas Blick. Da war Wolfs Bild und ihm gegenüber stand jenes der Kusine Hedwig. Schön und toll hob sich der eigenartige Kopf des Mädchens ab von dem dunklen Hintergrund.

Hedwig!

Hast hätte Hella den Namen hinausgeschrien, so erschütternd kam ihr plötzlich die furchtbare Wirklichkeit zum Bewußtsein: Hedwig, ihre einzige Freundin, die Vertraute und Gespielin lichter Kindheits- und Jugendtage, Hedwig stand unter dem Verdacht eines schrecklichen Verbrechens! Sie, die den Vater so unendlich lieb gehabt hatte, sie, die hier stets eine warme Heimat gefunden, sollte selbst die Waffe gegen ihn erhoben haben? War das überhaupt denkbar und möglich?

„Nein,“ sprachen die ernsten, kleinen Mädchenaugen, die von dem Bilde niederblinnten auf Hella Irwein. — „Nein, das ist ja alles Irrtum! Du mußt das begreifen und wissen, du, Hella, die du mich so genau kennst! Du mußt glauben an mich!“

„Ich glaube!“ sprach Hella Irwein feierlich. Ihr junges Herz erkannte in dieser Stunde, daß ein Verbrechen hier ganz ausgeschlossen war. Aber ihr helder Verstand suchte auch sofort einen Weg, wie man Klarheit bringen könne.

Ganz im Hintergrunde stand noch ein kleines Bild. Das junge Mädchen langte mit unsicherer Hand danach und rückte es nach vorne, ins Licht. Scharf hob sich der junge kleine Kopf Dr. Richters in die Hellekeit der Sonne. Seine geistvollen, warmen Augen blickten wie fröhlich niedrig auf das Mädchen.

Hella atmete tief auf.

Halb bei Richter war vielleicht Hilfe, Klarheit! Immer hatte sie, auch vom Vater, seinen scharfen Geist lobt, seine Klugheit, sein umfassendes Wissen, das er sich unter schwierigsten Verhältnissen aneignete.

würde er nicht schon ihr zu lieben alle seine Kräfte anspannen, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen?

Ihr zu lieben?

Saint strich ihre Hand über sein Bild.

Lieber!“

Sie sprach das Wort nicht laut aus. Schen, wie ein Gebet, zog es durch ihre junge Seele.

„Hella!“ sprach da eine sanfte, weiche Stimme hinter ihr. Mit einem halben Schrei fuhr sie herum.

Wolf war, ungehört von ihr, eingetreten. Er sah das Bild des Freundes in den Händen der Schwester und sofort wußte auch er, daß Richter der Verurteilte war, um Licht in die Dunkelheiten der letzten Stunden des Vaters zu bringen. Und noch etwas fühlte er: Das Hella, seine Liebe, kleine Schwester, an Richter dieser hing, als sie es je gefaßt hatte.

(Fortschreibung folgt.)

Scherz und Ernst.

if Der berühmte Chemiker und seine Höhle
Vom Presseseminar bei der „Niederdeutschen Woche“ in Bremen erzählte Dr. Schönthal eine niedliche Geschichte. Es wurden dabei auch altertümliche Geschichten von „Kunst und Leben“ Niedersachsen aufgewärmt, so auch von einem Chemiker Sch., der in jungen Jahren nach Amerika gegangen war, dort sein Glück gemacht hatte und dann wieder nach Bremen gekommen war. Dieser unglückliche „Sofse“ hatte einmal Gäste bei sich; es gingen immer fröhlich bei ihm her. Doch kann man in der Gedächtnis gelegenen Speisezimmers der ersten Kan ausgetragen, als mit liegenden Haaren die Schönheit hervorstrahlte und hervorleuchtete:

„Herr Sch., oben in Ihrem Schlafzimmer sind Diebe!“

Die Gäste sahen auf. Frau Sch. bekam einen hellen Erschrecken. Alles sprang durcheinander; nur Sch. saß für und sprach auf seinem Sessel, wußte einen verhüllenden Blick seiner Gattin, einen zweiten der Schönheit zu und hunderte die Unglücksfälle an:

„Anna, wenn Sie mich noch einmal in dieser Weise tören, sind Sie sofort entlassen.“

Die Ruhe war augenblicklich wiederhergestellt. Das Essen und die Arbeit der Dienstboten nahmen ihren gewöhnlichen Fortgang. Als die Schüsseln leer waren und die Fleischchen, da war auch das Schlafzimmer gründlich geleert.

Über Sch. sagte nur dröhrend nach Sassenart mit freundlichem Lächeln: „Ich bin nicht verpflichtet, mir in Beziehung zu begeben; ich übertreibe — ich bin anstrengend verhärtet.“

Deutschland rechtslos in der Welt.

Der Volksbund „Rettet die Ehre“, Zentralstelle Bremen, teilt mit:

Der Volksbund „Rettet die Ehre“, Zentralstelle Bremen, richtete im März dieses Jahres an den internationalen Gerichtshof im Haag eine motivierte Eingabe, in der er eine Untersuchung darüber beantragte, welche Eingriffe die Entente-regierungen namhaft machen könnten, wo Deutsche den Kindern ihrer Feinde Hände und Füße abblicken, Frauen die Brüste abschnitten und Greisen die Augen austrocknen. Der Volksbund begehrte, daß diese Angriffe auf die deutsche Volksküche entweder bewiesen oder offiziell zurückgenommen würden.

Darauf ist vom internationalen Gerichtshof unter dem 8. September dieses Jahres die Antwort erteilt worden, daß nach Artikel 14 des Völkerbundvertrages und nach Artikel 34 und 35 des Gerichtshofstatutes die Verhandlung über den Antrag unzulässig sei, weil Deutschland nicht zu den Mächten gehört, die dem Völkerbund angegeschlossen sind.

Der Vorsitzende des Volksbundes „Rettet die Ehre“, Domprediger O. Hartwich in Bremen, begleitet die Mitteilung dieser Tatsachen mit folgenden Fragen:

Wer hat die genannten Artikel gemacht, durch die jedes Volk rechtslos in der Welt werden kann, das nicht zum Völkerbund gehört? Wie nennt man den, der anderen die Ehre abschneidet und sich, sobald er seine Behauptungen beweisen soll, hinter rein formale Artikel verkriecht, die er sich selbst gemacht hat? Besitzt der ganze Völkerbund wirklich nicht die Macht, von seinen eigenen Mitgliedern zu fordern, daß sie die ungeheurelichen, offiziell vor der gesamten Welt dauernd wiederholten Anschuldigungen gegen Deutschland auch beweisen? Welch der Völkerbund etwa nicht, daß diese unbemerkten Anschuldigungen einen der Gründe bilden, warum Amerika und andere Völker gegen Deutschland die Waffen erhoben und die unerschöpflichen Bestimmungen des Versailler Vertrages erlaubten? Steht ein Gerichtshof unter oder über den Parteien? Wenn eine Partei ihn zwinge, unter ihr zu stehen, ist er dann überhaupt noch ein Gerichtshof?

In der Tat, die Tatsachen und Fragen dürften jedem beantworten, daß Deutschland rechtslos in der Welt geworden ist.

Bermischtes.

* Das freundliche Wort. Sie war eins der allersüßesten Münchner Modelle. Angeblich war die kleine Wirtschaft nur ihretwegen so gut belebt. Sie war freundlich gegen jeden Gast, bevorzugte niemanden und vereinte alle Vorzüge der Münchner Kellnerinnen in sich. Sie wünschen mein Herr? „Zwei Eier im Glas und ein freundliches Wort!“ Sie verschwand und brachte die Eier. „Na, und wo bleibt das freundliche Wort?“ Da lächelte sie ihr süßestes Lächeln, deutete sich zu dem Gast und flüsterte ihm läufig zu: „Einen Sie lieber die Eier nicht!“

Rechte Nachrichten

König Konstantin von Griechenland

verzichtet auf den Thron.

Athen, 27. September. (Reuters.) König Konstantin hat abgedankt.

Zum zweiten Male in seinem Leben hat König Konstantin auf den griechischen Thron verzichtet. Das erste Mal geschah es auf Drängen der Entente im Sommer 1917. Seinem ersten Bestreben, im Weltkriege unter allen Umständen neutral zu bleiben, hatte die Entente von Anfang an Widerstand entgegengesetzt. Nur indem sie über Griechenland die Blokade verbündete, errang sie die Übergabe der Krone an den zweiten Sohn des Königs, den Prinzen Alexander. Ausdrücklich hatte der König damals verfügt, von seiner formellen Abdankung zu sprechen. Der Mann, der durch das Verhalten in der Neutralität seinem Volke die Opfer erforderte, die die Teilnahme an dem Weltkrieg erforderlich hätte, hand mit seiner Familie in der Schweiz ein willkommenes Asyl. In Athen befreite in der Folgezeit Venizelos als Ministerpräsident vollkommen die Lage und segelte ganz im Fahrwasser der Entente. Aber als im Oktober 1920 der junge König Alexander eine unaufgeklärte Vergiftung erlitten war, gab das griechische Volk durch Neuwahlen und durch einen Volksentscheid deutlich zu erkennen, daß es mit der Politik des Kretners Venizelos nicht einverstanden war. König Konstantin folgte dem Wunsche seines Volkes, kehrte im Dezember 1920 nach Athen zurück und übernahm wieder die Regierung. In Frankreich war man über diesen Schritt des Königs entüstet, aber England duldet ihn schwierig. Es hat ihn zweifellos insgeheim dazu ermutigt. Konstantin stellte auf dem Schachbrett der östlichen Politik Englands eine wichtige Figur dar. Mit seiner Hilfe gedachte es die Ansprüche der von Frankreich gefüchteten östlichen Balkanstaaten von Thrakien, Konstantinopel und der Meerenge zu bekämpfen. In diesem Interesse Englands hat König Konstantin dann den neuen Krieg gegen Kemal und seine Anhänger begonnen. Die schweren Niederlagen des griechischen Heeres, die mit der Preisgabe des kleinasiatischen Bodens endeten, haben nun ganz folgerichtig den Sturz des Königs nach sich gezaubert. Englands hat kein Interesse mehr an dessen Persönlichkeit. Es liegt ein tragischer Zug in den wandelnden Schicksalen Konstantins, der immer das Beste seines Volkes gewollt, aber in der Durchführung seiner Pläne behindert wurde, weil ihm Gottwille in den Arm gefallen sind oder ihn im Stich gelassen haben.

Prinz Georg zum König von Serbien ausgerufen.
Baja, 27. September. Nach bisher noch nicht verbürgten Belgrader Nachrichten soll Prinz Georg von Serbien zum König ausgerufen sein. Die Georgisten sollen sich auf die militärischen Organisationen der Schwarzen Hand und auf die kroatischen Dezentralisten stützen.

Folgeschwere Verwicklungen im Orient unvermeidlich.
Paris, 27. September. Die Pariser Zeitungen heben den Ernst der Lage im Orient hervor und erklären folgeschwere Verwicklungen für unvermeidlich, falls nicht schnell eine Verständigung zustande kommt. Ein Teil der Presse macht England für die neue Spannung verantwortlich und bezeichnet die Zusammenziehung englischer Truppen und Kriegsschiffe als Herausforderung, die Kemal-Pascha mit einem schnellen Gegenstoß beantworten müßte, wenn er die Oberhand behalten wolle. Der Petit Parisien berichtet, daß in der heutigen Nacht die türkische Antwort in wesentlichen Punkten sowohl in London wie in Paris bekanntgegeben worden sei. Sie sei prinzipiell Zustimmung. Über den Inhalt wird noch nichts gesagt.

Vor dem Austritt der Sozialisten aus dem Kabinett.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben jüngst Besprechungen zwischen den eben vereinigten sozialistischen Parteien stattgefunden, die dahin gingen, aus der Reichsregierung auszutreten und die weitere Verantwortung den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Auch in Preußen wird eine Zurücknahme der sozialistischen Minister geplant. Der Reichstag wird also bereits Mitte Oktober vor die Abgabe gestellt, eine neue Regierung zu bilden, und zwar eine rein bürgerliche, die die Deutsche Volkspartei unbedingt an ihrer Beteiligung an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen ablehnen.

Kommt eine bürgerliche Regierung zu stande, so besteht die Hoffnung, daß sich auch Amerika wieder stärker für die Sanierung Deutschlands interessieren wird. Englisches ist allerdings, ob es gegenwärtig von Standpunkt der bürgerlichen Parteien geachtet werden kann, die Arbeitersparteien außerhalb der Regierung zu lassen.

Der Gasp-Markt fest. 23. M. berichten, daß der Monat im November in der Haushaltung beendet ist. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr. Neben dem Preispreis am Ende des Monats ist der Monat im November in der Haushaltung beendet. Dagegen steht, daß im gleichen Monat bei dem bei 8 ein recht 10,16 M. steht. Das letzte Jahr ist ein schlechtes Meisterjahr. Der Gasp-Markt ist ein schlechtes Meisterjahr